

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Ostpreußen 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. jährlich. Postumschlag, per Brief für Deutschland und Ostpreußen 20.00 M. Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36 und 9768.

Die abbestellte Kopiermaschine über dem Raum kostet 1.- M., einschließlich Einrichtungsarbeiten. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Einrichtungsarbeiten. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 2.50 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Wortanzeigen: Das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, Buchhandlung Zentrum 2648 „Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2020.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Regierung und neuer Reichstag

Das Regierungsprogramm.

Die Rede, die der neue Reichskanzler gehalten hat, war die erste Rede eines ernstlichen Mannes, und auch der politische Gegner wird Herrn Fehrenbach glauben, daß er nicht leicht das schwere Amt übernehmen hat. Auch das Programm, das Herr Fehrenbach durchführen will, enthält vieles, dessen Verwirklichung möglich wäre. Die neue Regierung hat es auch sorgfältig vermieden, Lüne auszusprechen oder Gesetze anzufordern, die als Herausforderung der Arbeiterklasse wirken können. Im Gegenteil, Herr Fehrenbach hat mit großem Nachdruck seinen Willen bekundet, nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern mit ihr zu regieren. Wir wollen sein eine Regierung der Versöhnung, des Ausgleichs der Gegensätze, des Aufbaus an der gesamte deutsche Nation zur tatkräftigen Mitarbeit an der Wiederaufrichtung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes.

So sprach Herr Fehrenbach drinnen im Parlament. Draußen aber, in der rauhen Wirklichkeit, da stehen sich die Gegensätze schroff in vorher nicht gekannter Schärfe gegenüber. Da zwingen die Klassen um die Macht, die eine in ihrer Herrschaft erschüttert und zum äußersten entschlossen, sie zu behaupten, die andere schwer kämpfend, unter einer ungeheuren Last dahinknirschend, vom Kriegselend gereinigt, und doch entschlossen, den Kampf fortzuführen in dem unerschütterlichen Glauben, daß der Sinn der geschichtlichen Entwicklung ihren Sieg verbürgt.

Die Regierung Fehrenbach, die die Versöhnung und den Ausgleich dieser Gegensätze als ihr Programm verkündet, ist selbst nur der Ausdruck der Tatsache, daß augenblicklich in Deutschland sich die sozialen Kräfte in einem gewissen Gleichgewicht befinden, daß keine der beiden Kräfte bereits ein entscheidendes Übergewicht erlangt hat. Daher diese Regierung des Ausgleichs, und daher diese rein parlamentarische Illusion, daß der Ausgleich auf die Dauer möglich, daß er mehr als ein vorübergehender Regierungsbesehl sein kann.

Herr Fehrenbach sprach in seiner Erklärung von der Kontinuität der Regierungspolitik, die gewahrt werden müsse und bezeichnete so seine Regierung als eine Fortsetzung der bisherigen Koalitionspolitik. Das ist nur der Ausdruck derselben Erkenntnis. Die Arbeiterklasse ist in Deutschland bereits so stark, daß sie auf die Regierungspolitik unmittelbaren Einfluß ausübt, auch ohne daß ihre Vertreter an der Regierung teilnehmen. Das besagt aber auf der anderen Seite, daß auch Vertreter der Arbeiterklasse in der Regierung nichts Wesentliches an der Gesamtpolitik ändern könnten. Auch sie könnten im besten Fall nur an der Organisation der Arbeit des Ausgleichs der Gegensätze, der Versöhnung der Klassen ihre Kräfte erlassen sehen. Im besten Falle; denn wie es im andern kommen kann, das hat ja die frühere rechtssozialistische Koalitionsregierung gezeigt, in der die Rolle und Seine zu Mitteln und Schergen der Bourgeoisie geworden waren.

Diese Mitarbeiterschaft sozialistischer Vertreter in der Regierung bedeutete aber keine Stärkung der Arbeiterklasse selbst, vielmehr ist sie, indem sie entweder schädliche Illusionen erweckt oder verberblichen Zwiespalt in die Arbeiterklasse trägt, nur eine Quelle der Schwäche. Es ist eben eine Einbildung derjenigen, die die politische Macht nur nach der Anzahl der besetzten Verwaltungsposten bemessen, daß Teilnahme an der Regierung stets eine Stärkung der wirklichen Macht bedeute. Sie wird es nur dann, wenn die soziale Kräfteverteilung es ermöglicht, wirklich im Sinne der Machtverteilung des Proletariats und der Verwirklichung seiner Ziele zu wirken.

Nicht in der Teilnahme an der Regierung, sondern in der Gewinnung neuer Mitkämpfer, in der Ausbreitung und Vertiefung des sozialistischen Gedankens, in der Bewerkstelligung der Entschlossenheit in den Massen, mit einem Worte in der Verschärfung der sozialen Kräfteverteilung zugunsten der Arbeiterklasse liegt für uns das Arbeitsfeld. Die Klärung der Machtverteilung in der Gesellschaft ist für uns die Vorbedingung, um eine künftige Teilnahme an einer Regierung zu ermöglichen, die dann nicht eine Regierung des sozialen Ausgleichs, sondern die des Aufbaus der Gegensätze, nicht eine Regierung der Klassenversöhnung, sondern der Befreiung der Klassenherrschaft und damit der Klassenunterschiede überhaupt, nicht eine Regierung des kapitalistischen

Wiederaufbaus, sondern des sozialistischen Neuaufbaus der Gesellschaft sein wird.

Und damit ist unsere Stellung zu dem Programm, das Herr Fehrenbach vorgebracht hat, gegeben. Was aber die Stellung zu der Regierung anbelangt, so wollen wir nicht daran vergessen, daß in dieser Regierung — abgesehen von allem andern — die Vertreter der Deutschen Volkspartei, d. h. der Partei der großkapitalistischen Interessen sitzen, wir wollen nicht vergessen, daß diese Partei nicht Ausgleich und Versöhnung, sondern Wiederherstellung der Klassenherrschaft anstrebt, und wir ziehen daraus den Schluß, daß wir nur mit immer wachem Mißtrauen dieser Regierung gegenüberstehen dürfen. Wir wissen genau, daß das Maß von Feindseligkeiten gegen die Arbeiterklasse bei den bürgerlichen Parteien nur durch einen Umstand bestimmt ist, durch die Kraft, über die die Arbeiterklasse selbst verfügt.

Mit dem Gesagten fällt auch das in sich zusammen, was Herr Scheidemann gegen die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie während der Regierungsperiode vorgebracht hat. Herr Scheidemann war nicht sehr glücklich, und es war eine arge politische Ungeschicklichkeit, unserer Partei von vornherein das Recht abzuspochen, gegen diese Regierung Anklagen zu erheben, weil unsere Nichtbeteiligung an einer Koalitionsregierung diese Regierung erst ermöglicht hätte. Denn hätte Herr Scheidemann so recht, wie er unrecht hat, so wäre der einzige Erfolg doch nur der, daß damit die Abwehrkraft gegen die Vorstöße einer solchen Regierung zum Schaden der gesamten Arbeiterklasse geschwächt würde.

Aber diese Agitationsphrase ist überhaupt das Gegenteil der Wahrheit. Denn gerade die Unabhängige Sozialdemokratie hat das Recht, jeder Regierung, die gegen die Arbeiterklasse vorgeht, entgegenzutreten, weil sie sich nicht wie die Rechtssozialisten durch Teilnahme an solchen Handlungen kompromittiert hat. Gerade weil wir stets den proletarischen Klassenkampf ohne jede Rücksichtung geführt haben, brauchen wir nicht zu fürchten, daß uns jene Widersprüche zwischen Wort und Tat vorgeworfen werden können, die man Rechtssozialisten nur zu leicht nachweisen könnte.

Scheidemanns Phrase ist aber auch deshalb so falsch, weil die wirkliche Verantwortung dafür, daß heute eine rein bürgerliche Regierung sich dem ersten Reichstag der deutschen Republik präsentiert, nicht zuletzt den schweren Versäumnissen geschuldet, die seine Partei und ihre Führung auf dem Gewissen hat. Damals, als am 9. November nach dem Zusammenbruch des alten Systems der Arbeiterklasse die Macht zugefallen war, da waren die sozialen Verhältnisse einer ganz anderen Ausnutzung dieser Macht günstig; damals haben Scheidemann und seine Freunde das verhindert, und wenn er heute als Führer einer Oppositionspartei wider Willen auch eine Reihe sozialistischer Forderungen, wie vor allem die nach der Sozialisierung des Bergbaus, aufstellte, so war das zugleich eine Aufzählung schwerster Versäumnisse, und in Wirklichkeit weniger eine Kampfanlage, als eine Selbstanklage.

Scheidemanns Rede war überhaupt gedrückt und matt und entsprach der unsicheren Stellung seiner Partei, die, nicht geleitet von den festen Grundsätzen sozialistischer Politik, sich einer Regierung gegenüber findet, die dasselbe Programm des sozialen Ausgleichs und des Wiederaufbaus verkündet, mit dem die Rechtssozialisten selbst Schiffbruch erlitten haben. So steht diese Partei, die nicht mehr Regierungspartei ist, aber auch nicht Oppositionspartei, abwartend der Regierung gegenüber, von den Ereignissen in ihrer künftigen Haltung abhängig und bestimmt, während sie selbst es unternimmt, diese Ereignisse zu meistern.

Daß Herr Scheidemann sehr aggressiv gegen uns und recht verächtlich zur bürgerlichen Regierung sprach, kennzeichnet die Situation. Nur die Unabhängige Sozialdemokratie steht im Gegensatz zu der Regierung, weil sie im Gegensatz steht zu dieser ganzen bürgerlichen Gesellschaftsordnung. Sie allein ist in diesem Parlament die grundsätzliche Oppositionspartei, weil sie allein die Trägerin des proletarischen Klassenkampfes ist.

Herr Fehrenbach behandelte eingangs seiner Rede die auswärtige Politik. Er erklärte, daß der Fried-

ensvertrag nach allen Kräften erfüllt werden müsse. Er beklagte das tiefe Mißtrauen, das immer noch gegen Deutschland herrsche, und erklärte, daß wir als „Arbeitsgenossen aller Völker“ unsere Kraft für Erreichung des wahren Friedens zwischen den Völkern einsetzen werden.

Die Erklärungen waren ziemlich dürftig, und Herr Fehrenbach erklärte dies damit, daß die Besprechung in Spaa bedauerliche, über die er vorher nichts mitteilen konnte. Wir vermessen vor allem, daß Herr Fehrenbach nichts über die andere, nicht minder dringende große Frage unserer auswärtigen Politik gesagt hat, über unser Verhältnis zu Rußland. Mit Recht hat Ledebour hervorgehoben, daß die Wiederherstellung des Friedenszustandes und die Aufnahme wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland eine der notwendigen Bedingungen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nicht nur Deutschlands, sondern der Welt ist. Aber auch in Spaa wird unsere Politik höchstens dann einen Erfolg aufzuweisen haben, wenn den Worten des Kanzlers auch die Handlungen folgen. Der Kampf um die Beibehaltung der Wehrmacht, den das Reichswehrministerium führt, ist nun einmal nicht geeignet, das Mißtrauen zu zerstreuen. Und wenn in Spaa die Vermunft einen Sieg errufen soll, dann muß allerdings das wirtschaftliche Programm, das dort von deutscher Seite vorgelegt wird, ein solches sein, daß es der gemeinsamen Arbeit von der der Reichskanzler sprach, zur Grundlage dienen kann. Das letzte Hindernis ist freilich, worauf wieder Ledebour hinwies, auch hier das imperialistische Machtstreben und der kapitalistische Konkurrenzstreit. Die deutsche auswärtige Politik wird erst lernen müssen, daß sie ihre wichtigste Unterstützung nur finden kann in dem erstarkenden Einfluß der Arbeiterparteien. Die endgültige Revision des Versailler Friedensvertrages wird erst der Normarsch des Sozialismus bringen.

Nachdem Herr Fehrenbach in der Vormittagssitzung sein Programm entwickelt hatte, kamen in der Nachmittagsitzung des Reichstags die Vertreter der drei großen Oppositionsparteien zum Wort. Zwei von ihnen kündigten eine lokale Opposition an; unser Genosse Ledebour dagegen ließ keinen Zweifel darüber, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auch künftig von Boden des Klassenkampfes nicht weichen werde.

Zuerst sprach Scheidemann erwiderte, wie Ledebours es nachher unter verständnisvoller Feittheit des ganzen Hauses feststellte, er las, wie üblich, seine sorgfältig präparierte Rede ab. Bei Herrn Scheidemann weiß man stets vorher, was er sagen wird. Man braucht nur die Kernsätze der Leitartikel der rechtssozialistischen Presse aus den letzten Wochen zusammenzustellen, und eine Scheidemannsche Rede ist fertig. Den unabhängigen Sozialdemokraten machte er den Vorwurf, daß sie schuld daran seien, daß wir jetzt eine rein bürgerliche Regierung hätten, und er kündigte an, daß die Arbeiter sich wieder zu der rechtssozialistischen Partei zurückfinden würden. Die Regierung behandelte er mit größtem Wohlwollen. Der Deutschen Volkspartei machte er noch einige Vorhaltungen über ihre Propaganda, er will ihnen aber Nachsicht angedeihen lassen, wenn sie in der Gesellschaft der Zentrumspartei die Politik fortsetzen wollen, die die Rechtssozialisten bisher in der Koalition betrieben haben.

Dann sprach Ledebour, frisch wie immer, alle Liebe mit geschickten Gegenangriffen parierend. Herrn Scheidemann erwiderte er, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Partei des proletarischen Klassenkampfes sei und daß sie sich ausgehen hätte, wenn sie eine Koalition mit bürgerlichen Parteien eingegangen wäre. Die Erbschaft der Rechtssozialisten anzutreten, dazu hätte er keine Lust. An einer Fülle von Einzelheiten grübelte unser Redner, wie die Koalition wiedererstarkt ist, und wie besonders das Militarismus wieder die Oberhand gewonnen hat. Besonders deutlich charakterisiert das der Fall des Professors Nicolai, der vom Senat der Berliner Universität wegen seiner pogonistischen Vergangenheit gemahnt worden ist, und die Ermordung von Hans Paasche, deren Begleitumstände darauf schließen lassen, daß die Röckerentale noch immer nach neuen Opfern sucht. Er trat weiter dar, daß die bürgerliche Regierung in der Frage der Sozialisierung nicht getar habe und daß als die herausragenden sozialen Probleme nur durch die Befreiung der

Kostenlos für den Leser. Von der neuen Regierung werde man allerdings ebensowenig in dieser Hinsicht etwas zu erwarten haben wie von der alten. Darum gelte es für die Arbeiterklasse, auf dem Boden zu sein und die Revolutionierung der Köpfe fortzusetzen. Es sei lässlich von der Regierung, daß sie Vertrauen bei den anderen Vätern zu gewinnen suche, aber von den kapitalistischen Regierungen der Entente sei eine Wäberung der Friedensbedingungen nicht zu erwarten. Darum muß die Verbindung hergestellt werden mit den Arbeitern der Westländer und zugleich müssen wir endlich zum Frieden mit Rußland kommen. — Die Rede des Genossen Ledebour fand den lebhaften Beifall unserer Parteigenossen.

Inletzt sagte Herr Hertz von der Deutschen Volkspartei sein Sprüchlein auf. Er behauptete, daß das parlamentarische System ein höchstes Risiko erlitten habe und machte dem Zentrum und den Demokraten, aber auch seinen Bundesgenossen von der Deutschen Volkspartei den Vorwurf, daß sie den Zusammenschluß des ganzen Völkertums verhindert hätten.

Morgen soll die Fortsetzung der Regierungsbesprechung folgen, dazu die Besprechung der Interpellation wegen der Nordloten in Ost- und Westpreußen und die Erledigung des Antrags auf Haftentlassung unseres Genossen Mittwoch.

Interpellation gegen die Lebensmittelteuerung.

Die Unabhängige Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Unausgesetzt steigt die Not der minderbemittelten Bevölkerung. Insbesondere hat die fortgesetzte Erhöhung der Erzeugerpreise der landwirtschaftlichen Produkte einen für die minderbemittelte Bevölkerung unerträglichen Zustand geschaffen. Die jetzt in den verschiedenen Gegenden des Reiches ausgebrochenen Unruhen sind die Folgen dieser Preissteigerungen.

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise zu verhindern? Wie rediernt der Herr Reichskanzler insbesondere den Beschluß der Inflationkommission beim Reichsfinanzministerium vom 18. Juni d. J. durch den der Getreidepreis eine neue Erhöhung erfahren würde?

Wie und wann gedenkt der Herr Reichskanzler den durch die in Aussicht stehende überaus gute Ernte möglichen Abbau der Preise für Getreide, Kartoffeln, Fleisch und die sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die jetzt das Mehrfache der vorjährigen Ernte betragen, in die Wege zu leiten?

Was gedenkt der Reichskanzler gegen diejenigen Landwirte zu unternehmen, die in offener Verhöhnung behördlicher Anordnungen sich der Ablieferung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse entziehen und damit die Ernährung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung aufs schwerste gefährden? Welche Maßnahmen plant er gegen den zunehmenden Lebensmittelwucher?

Die Ausschüsse des Reichstags.

Der Vorkomitee des Reichstages bestimmte heute, daß den Ausschüssen des Reichstages (Reichsbauschuss) die Sozialdemokraten, der 6. Ausschuss (Wirtschaft) die Unabhängigen, im 6. Ausschuss (Sozial) das Zentrum, im 7. Ausschuss (Untersuchungsausschuss) die Demokraten, im 8. Ausschuss (Auswärtige Angelegenheiten) die Deutsche Volkspartei und im 10. Ausschuss (Ausführung des Friedensvertrages) die bayerische Volkspartei haben soll.

Die politische Aussprache soll am Mittwoch, 1. Uhr, fortgesetzt und am Donnerstag beendet werden. Es dürfte dann möglich sein, am Freitag den Reichstag und die übrigen kleinen Säle zu verabschieden.

An den Verhandlungen in Spa werden voraussichtlich der Reichskanzler, der Minister des Reiches und der Reichsfinanzminister teilnehmen.

Die Lebensmittelunruhen.

Wie wir schon in unserer gestrigen Lebensmittelpresse berichtet, ist es in Hamburg zu großen Lebensmittelunruhen gekommen. Viele Geschäfte sind geplündert worden, die Bauern haben ihre Waren vom Markt zurückgezogen, sie wollen sie lieber verderben lassen, wenn ihnen die Wucherpreise nicht bezahlt werden. Durch das Eingreifen der Sicherheitspolizei gegen die Demonstrationen hat es mehrere Tote und Verwundete gegeben. An den Unruhen war in der Hauptsache der Panzergel beteiligt. Es steht keine politische Partei dahinter. Trotzdem wagt das „Berliner Tageblatt“ zu behaupten, die Einwohnerwehr habe kommunistische Flugblätter aufgefunden, die zum Ausschlag am 28. Juni aufforberten. Solange diese Flugblätter nicht im Wortlaut vorgelegt werden, so daß ihre Urheberhaft nachgeprüft werden kann, halten wir sie für das Werk von Spitzeln, die im Auftrag der Reaktion am Werke sind, den Lebensmittelunruhen einen politischen Einschlag zu geben, damit die Reaktion Gelegenheit zum Einschreiten bekommt und die Konferenz in Spa mit dem Argument der inneren Unruhen für ein Scheitern des Friedensvertrages nutzlos machen kann.

Die Unruhen sind nichts weiter als der spontane Ausdruck der Volkswut gegen die unheimlich hohen Preise für das für die Ernährung so äußerst wichtige Getreide und Frischfleisch. Wenn organisatorische Kräfte dabei am Werke sind, so sind diese lediglich im Sinne der Reaktion zu suchen, die die Unruhen für ihre Zwecke auszunutzen versucht. Die Reaktion will aber auch indirekt für die Unruhen verantwortlich zu machen, denn sie ist es, die den Abbau der Zwangswirtschaft bewirkt und damit den Lebensmittelproduzenten Gelegenheit zur Bewässerung der unbemittelten Volksschichten gegeben hat. Die Unruhen haben sich in den letzten Tagen auch auf das bayerische Gebiet erstreckt. In Mainz nahmen Demonstrationen Zwangsverkäufe zu niedrigen Preisen vor, Schüsse wurden zu 50 Mark pro Paar abgefeuert, Rindern und Schweinen zu 1,50 Mark, Ferkeln zu 80 Pf. das Stück. Die Demonstration hat eine Vereinbarung zwischen den Vertretern der Behörden und der Erzeuger erzielt, demzufolge die Preise ganz bedeutend herabgesetzt wurden.

Es geht also auch anders. Die Regierung hat die Pflicht, gegen den Wucher rechtzeitig Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, dann werden die Konsumenten nicht erst zur Verzweiflung getrieben werden.

Demokratisierung in der Reichswehr? Wie die „Karbi-Bilder“ melden, sollen in nächster Zeit zwei Jahrgänge entlassen werden.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Die Noten der Entente.

Berlin, 23. Juni. (Amtlich.)

Die dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Paris übermittelten drei Noten über die Entwaffnung haben in Uebersetzung folgenden Wortlaut:

I.

Im Namen der Alliierten Mächte beehrt ich mich, Sie zu bitten, der Deutschen Regierung folgende Note zu übermitteln: Die Alliierten Regierungen haben mit dem größten Bedauern die Langsamkeit und den Mangel an gutem Willen festgestellt, mit dem die Deutsche Regierung an die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über Landwehr, Luftfahrt und Marine heranzugehen ist.

Am 21. Juni, nach Ablauf von beinahe 6 Monaten seit Inkrafttreten des Friedensvertrages, sind die wichtigsten dieser Bestimmungen noch unausgeführt oder unvollständig ausgeführt. So kommt es, daß das stehende Heer jetzt erst auf 200 000 Mann zurückgeführt worden ist, eine Zahl, auf die es am 10. April hätte gebracht sein müssen, und daß seine Gliederung mit der im Friedensvertrag vorgesehenen nicht im Einklang steht; daß keinerlei Gesetz erlassen worden ist, um in Deutschland ein dem Friedensvertrag entsprechendes Herrwesen einzurichten; daß durch den Vertrag verbundene militärische Formationen, wie die Sicherheitspolizei und die Einwohnerwehr, trotz wiederholter Aufforderungen noch fortbestehen; daß die Herstellung des Kriegsmaterials, die am 10. März hätte beendet sein sollen, noch nicht zur Hälfte durchgeführt ist, und daß die Ausfuhr von Waffen nach dem Ausland andauert.

Die Alliierten Regierungen haben nach ernüchterter Prüfung dieser Sachlage einstimmig beschlossen, in die dem von Deutschland unterzeichneten Friedensvertrag enthaltenen Bestimmungen über die Entwaffnung, sowohl was die Heeresstärke, als auch was das Kriegsmaterial betrifft, in vollem Umfang ausreicht zu halten und deren schon allzulange verzögerte unvollständige Durchführung unverzüglich zu beenden. In gleicher Weise erwarten die Alliierten Regierungen, daß die Deutsche Regierung ihnen keinen Antrag auf Abänderung der militärischen Bestimmungen des Vertrages mehr vorlegen wird, da solche Anträge nur abschlägig beschieden werden könnten und daher nutzlose neue Verzögerungen mit sich bringen würden.

Die Alliierten Regierungen richten heute an den Herrn Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation in Paris ihre Antwort auf den Antrag der Deutschen Regierung wegen Verhinderung eines Heeres von 200 000 Mann. Diese Antwort geht dahin, daß die militärischen Kräfte Deutschlands auf die durch den Friedensvertrag bestimmte Stärke von 100 000 Mann und in der durch diesen Vertrag vorgesehenen Gliederung zu belassen sind, daß die Sicherheitspolizei innerhalb von drei Monaten vollständig aufzulösen ist, und daß andererseits die Stärke der Polizeikräfte auf 150 000 Mann erhöht, somit um 70 000 Mann im Vergleich zu der Stärke von 1913 vermindert wird.

Des weiteren fordern die Alliierten Regierungen die Deutsche Regierung auf, unverzüglich die deutsche Gesetzgebung entsprechend der Bestimmung des Artikels 211 mit den militärischen Bestimmungen des Vertrages in Einklang zu bringen, gesetzliche Maßregeln zu treffen, um entsprechend dem Artikel 170 die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach dem Ausland zu verbieten, die Formationen der „Einwohnerwehren“, die im Widerspruch mit der Entschärfung vom 8. April noch fortbestehen, tatsächlich aufzulösen und die Auslieferung der Waffen dieser Formationen durchzuführen.

Die Alliierten Regierungen erwarten, daß bei der Herstellung des Kriegsmaterials keine neue Verzögerung eintritt und daß die Ausführung aller Bestimmungen über die Entwaffnung sowohl hinsichtlich der Truppenstärke als auch hinsichtlich der Kriegsmaterialien ohne weiteres Erfolg erzielt; andernfalls würden sich die Alliierten Regierungen gezwungen sehen, die geeigneten Mittel zu prüfen, um die vollständige Ausführung der Bestimmungen des Vertrages sicherzustellen.

II.

Mit einer Note vom 4. Juni hat die Deutsche Regierung unter Berufung darauf, daß die Alliierten Mächte auf ihren am 20. April gestellten Antrag, ihr die Unterhaltung eines ständigen Heeres von 200 000 Mann zu gestatten, eine endgültige Antwort nicht erteilt haben, an die Konferenz gewandt, um eine vorläufige Verlängerung der ihr gestellten am 10. Juli ablaufenden Frist herbeizuführen, bis der die Heeresstärke in Deutschland auf 100 000 Mann herabgesetzt werden soll. Zur Begründung ihres Antrages macht die Deutsche Regierung insbesondere geltend, daß nach dem, was die Alliierten Regierungen ihr auf der Konferenz von San Remo mitgeteilt hatten, sie erwarten mußte, daß erst die Konferenz in Spa endgültig über dieses Ersuchen bestimmen würde.

Die Alliierten Mächte können diese Auslegung der von San Remo aus an die Deutsche Regierung gerichteten Note nicht gelten lassen. Sie haben damals deutlich erklärt, daß sie das in der deutschen Denkschrift vom 20. April gestellte Ersuchen nicht prüfen konnten, solange Deutschland den wichtigsten Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht nachkomme und die Entwaffnung seines Heeres nicht in Angriff nehme. Nicht in der Antwort der Alliierten Mächte erlaubte der Deutschen Regierung, sich für ermächtigt zu halten, die Durchführung der zur Verringerung der Heeresstärke auf 100 000 Mann erforderlichen Maßnahmen, die seit dem 10. April hätten im Gange sein müssen, auszuschieben.

Am übrigen haben die Alliierten, indem sie die für diese Maßnahme bewilligte Frist bis zum 10. Juli verlängerten, den Schwereigkeiten vollst. Rechnung getragen, auf die Deutschland sich billigerweise berufen konnte.

Unter diesen Umständen haben die Alliierten Regierungen keine Veranlassung, einer erneuten Verlängerung der Frist zuzustimmen. Sie bekämpfen vielmehr klar und einfach ihre früheren Erklärungen.

Die militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles über das deutsche Heer werden sowohl hinsichtlich seiner Stärke als auch seiner Gliederung und Bewaffnung in vollem Umfang ausreicht erhalten; sie müssen auf das genaueste ausgeführt werden.

Wenn die Mächte auch entschlossen sind, die Ausführung Deutschlands den Vertragsbestimmungen gemäß durchzuführen, so verkennen sie doch nicht die Notwendigkeit, der deutschen Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern ausreichende Polizeikräfte zu belassen. Sie erkennen gern an, daß die normalen Polizeikräfte nach dem Stande von 1913

nicht allen Bedürfnissen genügen können. Die Alliierten Regierungen sind bereit, eine Vermehrung der Polizeikräfte zu genehmigen. Sie können aber unter keinem Vorwande zulassen, daß diese Vermehrung durch Beibehaltung der Sicherheitspolizei, einer Polizeitruppe von ausgesprochen militärischer Art und Organisation stattfindet, zu deren Auflösung Deutschland bereits vom Dezember 1919 ab aufgefordert worden war. Die Auflösung der Sicherheitspolizei muß binnen einer Zeit von drei Monaten von der Abendung dieser Note ab gerechnet beendet sein. Die Alliierten sind mit der Herstellung der alten „Ordnungspolizei“ genannten Polizeitruppe einverstanden. Die Ordnungspolizei zählt gegenwärtig 92 000 Mann. Die Mächte geben ihre Zustimmung, daß sie bis auf 150 000 Mann vermehrt wird. Sie knüpfen jedoch an diese Zustimmung folgende Bedingungen, die strengstens durchzuführen werden müssen:

Die Ordnungspolizei muß ihren Charakter als bürgerlich und Gemeindepolizei wahren. Sie erhält in keinem Umfang und in keiner Weise eine zentrale Organisation. Sie wird mit einer Bewaffnung ausgerüstet, die ihrem Zwecke entspricht und von dem Interalliierten Heberwachungsausschuss ausreicht festgestellt werden wird. Andererseits wird ausdrücklich festgestellt, daß in dem Bestande von 150 000 Mann Ordnungspolizei die 10 000 Mann inbegriffen sind, die von dem Interalliierten Heberwachungsausschuss für Polizeizwecke in der neutralen Zone genehmigt worden sind.

Die Vermehrung der Ordnungspolizei erstreckt sich übrigens weder auf die in der Rheinischen Zone, in denen die Hohe Rheinische Landeskommission allein die erforderlichen Stärken festzusetzen befugt ist, noch auf die Abstammungsgebiete, es sei denn, daß die Interalliierten Regierungs- und Beobachtungsausschüsse dies ausdrücklich verlangen.

Schließlich wird die Vermehrung der Stärke der Ordnungspolizei in dem Maße erfolgen, in dem die Auflösung der Sicherheitspolizei fortgeschritten, und zwar derart, daß in keinem Zeitpunkt die Stärke der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zusammen 150 000 Mann überschreiten darf.

Andererseits haben die Mächte beschlossen, die Deutsche Regierung ihrem an den Heberwachungsausschuss gerichteten Ersuchen gemäß zu ermächtigen, den Bestand der Gendarmes in 12 000 auf 17 000 Mann zu erhöhen.

Die Alliierten möchten schließlich die Aufmerksamkeit der Deutschen Regierung auf die Tatsache lenken, daß sie während der drei von der Abendung der gegenwärtigen Note an bis zur endgültigen Auflösung der Sicherheitspolizei laufenden Monate es nicht zulassen werden, daß Soldaten der Reichswehr in die Sicherheitspolizei übernommen werden. Die derzeitige Stärke der Sicherheitspolizei stellt ein Höchstmaß dar, die weitere Vermehrung wird nicht mehr zulässig sein.

Der Interalliierte Militärüberwachungsausschuss ist befugt, die Anwendung dieser verschiedenen Maßnahmen, die den berechtigten Wünschen der Deutschen Regierung in vollem Umfang Rechnung tragen, zu überwachen.

Die dritte Note beschäftigt sich ausführlich mit der Ablieferung des Luftfahrtmaterials und enthält die Entscheidung der Friedenskonferenz, daß die Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial innerhalb drei Monaten nach der Ablieferung im gesamten Gebiet Deutschlands untersagt ist.

Protest der Sowjetruine.

Berlin, 23. Juni.

Aus Moskau ist hier folgender Bunspruch von Nikolai Kowalew, dem Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der Sowjetruine, eingegangen:

Die Arbeiter- und Bauernregierung der Ukraine erhebt die Forderung, daß Agenten von Petljura und der vom polnischen Generalstab geschaffenen fiktiven Petljura-Regierung verhaftet, sich die Sanddepots der ukrainischen Regierung angeeignet, welche in der Reichsbank und anderen finanziellen Institutionen sich befinden. Mit Gegenwärtigem teilt die Arbeiter- und Bauernregierung als Behätigung ihrer Telegramm vom März vergangenen Jahres der deutschen Regierung mit, daß sie alle genannten Summen mit Beschlag belegt und gegen etwaige Auszahlungen, außer an Bevollmächtigte der ukrainischen Sowjetregierung, entschieden protestiert und sich das Recht vorbehält, gegen diejenigen Institutionen und Banken gerichtliche Vorzugehen, welche eigenmächtig über das Eigentum des ukrainischen Volkes verfügen würden.

Die Regelung der Kriegskosten.

Paris, 23. Juni.

Loucheur hat im Auftrage des Finanzausschusses der Kommet einen Bericht über die Regelung der Kriegskosten und die Wiedergutmachungen ausgearbeitet, der demnächst zur Verteilung gelangen soll. Loucheur soll den Standpunkt vertreten, daß man die Schuld nicht in dem Augenblick festsetzen könne, in dem der Schuldner die geringste Zahlungsfähigkeit habe, umso weniger, wenn diese Schuld auf 85 bis 40 Jahre verteilt werden solle.

Nach dem Bericht Loucheurs sind von 1 724 000 Gestalt Österreich schon 1 408 000 bestellbar und 1 408 000 in diesem Jahre bestellbar.

Kongreß der französischen Eisenbahnerverbände.

Paris, 23. Juni.

Der Kongreß der Eisenbahnerverbände wählte in einer gestern abgehaltenen Sitzung den früheren Sekretär des allgemeinen Eisenbahnerverbandes Wislart, der bei den letzten Wahlen gegen die Extremisten unterlag, mit 84 gegen 19 Stimmen zum provisorischen Präsidenten. Die endgültige Wahl wird auf dem Landeskongreß, welcher Ende August stattfindet, erfolgen.

Zusammentritt der 1. Versammlung des Völkerbundes. Die Alliierten haben Wilson ersucht, die erste Versammlung des Völkerbundes zusammenzubringen. In offiziellen Kreisen wird erklärt, daß die Einberufung noch nicht sofort erfolgen werde, da man noch keine Entscheidung über Ort und Zeit getroffen habe. Einige Wünsche Gen, anders wieder Wünsche als Lösungsweg.

Internationale Finanzkonferenz. Wie die „Wochenblätter“ melden, tritt die Konferenz in Brüssel am Freitag, den 2. Juli, zusammen. Lord George und Wilson werden treffen am Donnerstag dort ein.

Donnerstag, abends 7 Uhr: Große öffentl. Volksversammlungen

Der Mordprozeß Blau.

Der Fonds der Staatsanwaltschaft.

4. Verhandlungstag.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung verlas der Staatsanwalt ein Antwortschreiben des deutschen Generalkonsuls in Zürich, worin dieses mitteilt, daß der vom Schwurgericht als Zeuge verlangte polizeiliche Kopistipiel Schreiber sich unter gewissen Voraussetzungen bereit erklärt habe, vor Gericht zu erscheinen. Er macht sein Erscheinen davon abhängig, daß ihm 4000 Mark gezahlt werden, 20 Franken pro Tag Entschädigung für tägliche Dienstfelder, freie Fahrt und freie Verpflegung gewährt wird, außerdem besteht er auf Schutz während der Reise und vor Gericht, sowie Erlaubnis zum Waffen tragen. Staatsanwalt Dr. Orthmann erklärt hierzu, daß dem Gericht nichts anderes übrigbleibe, als auf diese Bedingungen einzugehen, da irgendeine andere gefällige Handhabung, den Zeugen herbeizuführen, fehlt.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg protestiert gegen die Zahlung der 4000 Mark, die man sehr leicht als ein Bestechungsgeld ansehen könne. R. A. Liebknecht stellt es dem Ermessen des Gerichts anheim, ob es dieser Erpressung des Spitzels Schreiber Folge geben will oder nicht, weist aber darauf hin, daß das der Zeuge sei, von dem der Herr Staatsanwalt behauptete, daß er wahrscheinlich nur nicht erscheine, weil er links-terroristische Akte zu befürchten hätte. Staatsanwalt Orthmann erklärt dazu, daß, wenn das Gericht nicht die 4000 Mark zahlen könne, so würde er diese Summe aus einem ihm zur Verfügung stehenden Dispositionsfonds zahlen.

Nach kurzer Beratung verhandelt der Vorsitzende den Beschluß, den Staatsanwalt zu ermächtigen, den Zeugen zu den geforderten Bedingungen herbeizuführen, jedoch lehnt er das Gericht ab, die 4000 Mark zu zahlen. Der Staatsanwalt erklärt sich hierauf nochmals bereit, die 4000 Mark einem Fonds zu entnehmen. R. A. Dr. Rosenfeld bittet um Auskunft darüber, aus welchem Fonds der Staatsanwalt die 4000 Mark für den Spitzel Schreiber entnehmen wolle? Er hätte genaue Kenntnis, daß der Justizbehörde derartige Spitzelfonds nicht zur Verfügung ständen. Der Staatsanwalt verneint sich dagegen, daß er Spitzelfonds unter sich habe. Weitere Fragen der Verteidigung über diesen Punkt scheidet der Vorsitzende kurz ab, jedoch erklärt R. A. Rosenfeld, daß er sich vorbehalte, nochmals darauf zurückzukommen.

Der Vorsitzende schreitet darauf zur Vernehmung des Zeugen Ernst Potzschauer. Der Zeuge erklärt, daß er Hoppe während eines Kongresses in Berlin im März 1919 kennen gelernt habe. Gelegentlich eines gesellschaftlichen Zusammenkommens sei er aufgefordert worden, hypnotische Experimente zu machen. Er habe mit Hoppe, der sofort reagierte, daraufhin sehr viele Experimente gemacht, einmal habe er als Ministerpräsident Schiedemann gesprochen, dann wieder in der Rolle des Koss. Auch habe er, obwohl er Nichtwahrer sei, durch seine Einwirkung eine Zigarre geraucht. Der Zeuge kommt zu dem Schluß, daß Hoppe ein sehr leicht zu beeinflussender Mensch sei, der sehr wohl unter dem Einfluß anderer Menschen Dinge berichten könnte, für die er nicht verantwortlich zu machen ist.

Der Vorsitzende fährt in der weiteren Vernehmung des Zeugen Kriminalkommissar Maßlad fort. Rechtsanwalt Weinberg fragt den Zeugen, ob er angeben könne, wie viel Geld der Spitzel Schreiber von seiner Behörde für seine Bemühungen erhalten habe. Zeuge: Nur die Auslagen für Reise und Aufenthalt. R. A. Weinberg: Darüber hinaus hat er also kein Geld bekommen? Zeuge: Nein. R. A. Weinberg: Sie können also bestimmt unter Ihrem Eid aufweisen, daß der Spitzel Schreiber keine weiteren Gelder von Ihrer Behörde empfangen hat? Zeuge: Wenn die Frage in so bestimmter Form gestellt wird, so verweigere ich darüber die Aussage. Der Zeuge erklärt, daß er von seiner Behörde nicht so weitgehende Befugnisse erhalten habe.

Auf weiteres Befragen durch die Verteidigung gibt der Zeuge dann zu, daß der Spitzel Schreiber Geld erhalten hat.

R. A. Rosenfeld: Wie hoch war denn die Summe, die er erhalten hat? Der Zeuge verweigert auch darüber die Aussage. Der Staatsanwalt beantragt die Vernehmung des Zeugen als unerheblich. Es entspinnt sich über diesen Punkt eine längere Debatte zwischen dem Vorsitzenden, der Verteidigung und dem Staatsanwalt. R. A. Rosenfeld erklärt, daß der Zeuge und dem Staatsanwalt, diese wichtige Frage zu beantworten. Er hat versichert, daß diese wichtige Frage zu beantworten. Er hat versichert, daß diese wichtige Frage zu beantworten. Er hat versichert, daß diese wichtige Frage zu beantworten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Zeuge Maßlad vorher unter seinem Eid ausgesagt habe, Schreiber habe keine Summe außer dem Reisegeld und den Auslagen erhalten.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

R. A. Liebknecht: Ist dem Zeugen der Leutnant Siebel, ein Abteilungsleiter der Antikontaminierten Liga, bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein. R. A. Liebknecht: Sie können auch bekannt? Zeuge: Nein.

dann die aus den bisherigen Verhandlungen bereits bekannten Tatsachen der Reise Blaus mit Herrn und Schreiber nach Leipzig, Magdeburg, Ostpreußen. Der Staatsanwalt beantragt, den Zeugen nicht zu verurteilen, da bis jetzt der Verdacht der Mittäterschaft nicht widerlegt sei. Auf Protest der Verteidigung beschließt das Gericht, die Verurteilung einstweilen auszusetzen.

In der Nachmittags-Sitzung wird der Zeuge Peters vernommen. Peters war in Magdeburg Parteisekretär der U. S. P. D. und hatte in dieser Eigenschaft Ende Juli 1919 den Besuch von Herrn und Schreiber. In seiner Abwesenheit hatte Frau Peters dem Schreiber gestattet, im Bureau auf einem Sofa zu übernachten. Am 8. August ist dann der Zeuge nochmals mit den beiden in Ostpreußen in einer Versammlung zusammengetroffen. Staatsanwalt: Haben Sie irgendwelche Schriftstücke von Herrn oder Frau, oder solche, die mit der Angelegenheit zusammenhängen vernichtet? Zeuge: Nein. Staatsanwalt: Können Sie das auf Ihren Eid nehmen? Zeuge: Ja. Staatsanwalt: Schreiber hat aber bestimmt behauptet, daß Sie solche Mitteilungen vernichtet haben sollten. Zeuge: Dann hat er gelogen. Der Staatsanwalt beantragt hierauf die Aussetzung der Verurteilung des Zeugen, bis Schreiber vernommen werden kann. R. A. Weinberg protestiert energisch dagegen, daß man einem Mann, der so ehrenvolle Ämter bekleidet wie Peters, nicht so viel Glauben schenke wie diesem 4000-Mark-Zeugen. Das Gericht beschließt hierauf die Verurteilung.

Der nunmehr vernommene Zeuge Peter Schmidt. Schmidt soll nach der Aussage eines gewissen Eulenburger sich bereit erklärt haben, der Münchner Polizeibehörde die Adresse des Herrn anzugeben. Der Zeuge bestreitet dies ganz entschieden, da ihm die Adresse des Herrn nicht bekannt sei.

Zeuge Georg Böhl ist derjenige, bei dem Hoppe und Blau übernachtet und sich auch noch am Tage vor dem Mord aufgehalten haben. Er war unter dem Verdacht der Mittäterschaft seiner Zeit in Haft genommen und soll in der Voruntersuchung gegen die Angeklagten schwer belästigt worden sein. Er erklärt dies damit, daß er in der Untersuchungshaft bößlich zusammengebrochen sei. Sein ganzes Vermögen und Trachten wäre danach gewesen, wie er die Freiheit zurückzuerlangen könnte. Ganz besonders, da er sich frei von jeder Schuld fühlte. In dem vom Beschuldigten unternommenen Kreuzverhör, das sich über eine Stunde ausdehnte, kann er sich auf viele Einzelheiten, die er bereits im vorigen Jahr ausgesagt hatte, nicht mehr besinnen.

Wegen der vorerwähnten Zeit wird die Vernehmung des Zeugen unterbrochen. Die Verhandlung wird am Dienstag 9 1/2 Uhr ihren Fortgang nehmen.

Gewerkschaftliches.

Drohender Streit der Elektrizitätsarbeiter Berlins.

Der Streit erst, die Ausperrung der Arbeiter und Angestellten im Kraftwerk Schornewitz droht unabsehbare Folgen nach sich zu ziehen. Wie wir erfahren, werden die Arbeiter der städtischen Elektrizitäts-Werke Berlins, die mit den Arbeitern und Angestellten des Kraftwerkes Schornewitz eng verbunden sind, wohl dieses für Berlin zwei Drittel der gebrauchten Elektrizität liefern, aller Voraussicht nach gleichfalls, bis auf einen Notbetrieb, die Elektrizitätserzeugung einstellen, um dadurch den Arbeitern und Angestellten im Kraftwerk Schornewitz ihre volle Solidarität zu beweisen. Das würde eine restlose Stilllegung des Straßenbahnverkehrs usw. für Berlin bedeuten.

Wir hoffen, daß die maßgebenden Stellen die Gefahr eines derartigen Vorgehens in der augenblicklichen kritischen politischen Situation begreifen und in letzter Stunde den notwendigen Herbeiführungen der Angestellten des Schornewitzer Werkes Rechnung tragen.

Streikstimmung bei den Straßenbahnern.

Das Personal der Großen Berliner Straßenbahn erhebt energisch die Forderung nach Gleichstellung mit den städtischen Straßenbahnern. Es will nicht die zur Auslösung des Streikbundes werden, der am 1. Oktober in Groß-Berlin aufsteht. Verhandlungen mit der Direktion haben dahin geführt, daß die Löhne und die Beihilfen die gleichen sein sollen, wie die städtischen Straßenbahnern sie erhalten. Differenzen bestehen in der Hauptsache über den Urlaub und über die Bewertung der Dienstjahre. Die Differenzen haben sich so zugespitzt, daß die Straßenbahnern und auch die Hochbahnern gemillt sind, das Kreuzwort zu wagen.

Weshalb fanden in Berliner Rathaus Verhandlungen der Vertreter der Straßenbahnern mit dem Bürgermeister Reize statt, die damit endeten, daß der lösende Zusammentritt des Aufsichtsrats der Großen Berliner Straßenbahn gewünscht wurde. Diesem Wunsch ist haltgegeben. Der Aufsichtsrat tritt am Mittwoch nachmittag zusammen.

Postbeamte und Weisbojott gegen Ungarn.

Der am Sonntag tagende Bezirkstag des Bezirksvereins Berlin des Reichsbundes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten (ehem. Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten) hat folgenden Antrag gegen 8 Stimmen angenommen: „Der am Sonntag, den 27. Juni 1920, in den „Germaniasälen“, Schauffstr. 110, tagende Bezirkstag des Bezirksvereins Berlin des Reichsbundes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten spricht dem Deutschen Beamtenbund wegen seiner Rechteinnahme am Weisbojott gegen Ungarn das schärfste Mißtrauen aus. Der Bezirkstag fordert deshalb die Verhandlung auf, dem Beamtenbund die Forderung zu stellen, binnen 24 Stunden den Weisbojott gegen Ungarn zu erklären, widrigenfalls der Verband den Weisbojott selbst zu erklären hat.“

Entlassung der Posthilfskräfte!

Zu dieser Frage nahm am 26. d. M. eine Versammlung der Betriebsräte der Postämter Stellung. Es scheinen sich allmählich auf den Postämtern Zustände zu entwickeln, die im höchsten Maße zur Kritik und Abhilfe herausfordern. Am Dienstag, den 29. d. M., finden Verhandlungen mit dem Reichspostminister statt, bei denen die Betriebsräte folgende Forderungen als dringend durch ihren Vertreter stellen wollen:

1. Schließung der Liste für Postbeamtenwärter (welche bereits Kaufende von Namen umfaßt).
2. Pensionierung aller pensionsberechtigten Beamten.
3. Entlassung sämtlicher Teilpostfrauen, welche ihren Beruf nicht als Lebensnotwendigkeit brauchen, und Besetzung dieser Stellen durch Kriegsbeschädigte oder weibliche Hilfskräfte.
4. Entlassung aller höheren Beamten, welche als Hauswirte, Gutbesitzer, Geschäftleute usw. Doppelpensionen haben.
5. Verteilung der von den besetzten Gebieten nach Berlin beorderten Beamten auf ländliche Bezirke.
6. Beschränkung der Arbeitszeit im gesamten Postbetrieb auf 8 Stunden, um das Herz der Arbeitslosen nicht zu vergrößern.

Groß-Berlin.

Frauent demonstration gegen den Lebensmittelwucher.

Zu einer Kundgebung gegen den Lebensmittelwucher, die erfreulicherweise im Gegensatz zu andern Städten völlig ruhig verlief, kam es gestern mittag im Hofe des Rathauses. In der Landrats-Kartoffelhalle waren keine Kartoffeln aufzutreiben. Nur ein Händler bot neue Kartoffeln an, aber das Fund zu 1,60 Mk., was den Hausfrauen natürlich zu teuer war. Sie machten ihrer Empörung über die Zustände Luft und bald hatten sich einige hundert Frauen versammelt, die gegen die Lebensmittelwucher protestierten und beim Magistrat vorstellt werden wollten. Es formierte sich ein Zug, und auf einigen schnell zurechtgemachten Tafeln las man Aufschriften wie „Nieder mit dem Lebensmittelwucher“ und „Gott uns billiges Brot“. Dann zogen die Frauen zum Rathaus und nahmen dort im Hofe Aufstellung. Da die Frauen, die sich übrigens durchaus ruhig benahmen, jedoch verlangten, einen der Deputierten des Lebensmittelamtes zu sprechen und erklärten nicht eher gehen zu wollen, bis man sie angehört habe, wurde eine Deputation, die aus drei Frauen und einem Manne bestand, von einem Beamten der Lebensmittelabteilung empfangen. Der Beamte versprach dafür zu sorgen, daß der Magistrat alles tun werde, was in seinen Kräften stehe, um Lebensmittel, und besonders Kartoffeln, heranzuschaffen. Die Sicherheitspolizei, die jemand herbeizurufen hatte, fand nichts zu tun, da die Demonstranten die Ordnung selbst aufrecht erhielten.

Eine kleine Besserung in der Kartoffelversorgung, die sich hoffentlich bald noch zeigen wird, scheint ja schon im Gange zu sein. Der Magistrat gibt bekannt, daß von Donnerstag, dem 1. Juli, auf die Abchnitte 28 a und b der Berliner Kartoffelkarte 2 Pfund Frühkartoffeln abgegeben werden. Die erst langsam im Gang kommenden Zufuhren an Frühkartoffeln ermöglichen zunächst nur eine schwache Besserung der Kleinhandeler. Es werden aber gleichmäßig nacheinander alle Geschäfte beliefert, so daß jeder Kartontahaber die zwei Pfund Frühkartoffeln bestimmt erhält. Der Preis für 1 Pfund Frühkartoffeln ist auf 50 Pf. festgesetzt. Es steht zu erwarten, daß hierdurch auch die freigegebenen ausländischen Kartoffeln alsbald erheblich im Preise gesenkt werden.

Helmutreue Oberkassier, Bezirk Treptow. Versammlung am 1. Juli, abends 8 Uhr, in Meyers Gesellschaftsraum, Am Treptower Park 20.

Aus den Organisationen.

1. Bezirk. Dienstag 7 Uhr in der Schulaula Ingeurm. Gewerkschaftler Straße 24, große öffentliche Volksversammlung. Tagesordnung: Warum wir uns nicht an der Regierungsbildung beteiligen haben.
2. Bezirk. Dienstag 7 Uhr Vorstandssitzung. Politische Kommission. Agitationskommission bei Koch, Sacrowstr. 97, 7 1/2 Uhr, Mindeberg-Kommission bei Hermanns, Erdstr. 28.
3. Bezirk. (Berichtigung) Vorstandssitzung am Dienstag, dem 29. Juni, abends 7 Uhr, bei Gallas, Georgenkirchstr. Ecke Bornholmer Str. Abteilungsleiter und Bezirkskomitees sämtlicher Kommissionen haben Zutritt Stadtvorstand, Bezirksvorstand und Ortsbeiräte (hierzu auch die Ortsbeiräte) der S. P. D. und Christlichen einladen. Am Mittwoch, den 30. Juni, abends 7 Uhr, in der Schulaula Georgenkirchstr. 2, Vortrag des Gewerkschaftler: Die Kräfte der Reichsdeputiertenkonferenz.
4. Bezirk. 5. Abteilung. Dienstag 7 Uhr Mitgliederversammlung der Einigen, Mühlentstraße, Ecke Trompstraße. Da wichtiges Tagesprogramm, alle Mitglieder erscheinen!
5. Bezirk. Dienstag abends 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission von der 2. und 3. Abteilung bei Jänike, Hülfenstr. 12.
6. Bezirk. Räte- und Gewerkschaftskommission. Dienstag 7 1/2 Uhr bei Wolf, Pfingststraße. Außerordentliche Generalsammlung Mittwoch 7 1/2 Uhr in den Kolberger Beiseln. Ohne Mitgliederbuch kein Zutritt.
7. Bezirk. Dienstag 7 Uhr Sitzung der Räte- und Gewerkschaftskommission bei Emil Waddl, Pfingststr. 6.
8. Bezirk. 1. Abteilung. Mittwoch 7 Uhr Sitzung der Bildungs-Kommission bei Krall, Wrescher Straße 21. — 2. Abteilung: Dienstag 7 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Jänike, Mühlentstraße 46. — Mittwoch 7 Uhr Diskussionsabend bei Kolenow, Transnordstraße 8. — Ortsversammlung der 201. Gemeinde-Schule Dienstag in der Aula der 201. Gemeinde-Schule, Wrescher Straße. Tagesordnung: „Wie gestalten wir unsere Kinder zu freien Bürgern der Republik“. Referent: Genosse Lehner Edmund.
9. Charlottenburg. Heute Dienstag 7 Uhr Mitgliederversammlung im Volkshaus, Rosinenstraße.
10. Tempelhof. Dienstag 7 1/2 Uhr bei Hennig, Mantelstraße, Ecke Reichs-Wilhelm-Straße, Sitzung der Bildungs-Kommission und der Genossinnen, die sich zur Mitarbeit bei den Arbeiterferien spielen gemeldet haben. Die Ferienspiele beginnen am Sonnabend, den 4. Juli, nachmittags 2 Uhr, auf dem Spielplatz in der Verlängerung Kaiserin-Augusta-Straße an der Mantelstraße. Wir bitten die Genossen, Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft oder in der „Freiheit“-Spedition anzumelden. Jeden Montag Besuch der Wandermäule auf dem Tempelhofer Feld, jeden Mittwoch Ausflüge, jeden Sonnabend Spielen auf dem Platz. Genossen und Genossinnen als Helferinnen willkommen. — Frauenbildungabend Mittwoch 7 1/2 Uhr im Zeichenklub des Volksgenossenschafts. Vortrag: „Der Ausfall der Wahlen und die Frau“. Referent: Genosse Hille.
11. Schöneberg. Dienstag 8 Uhr wichtige Funktionssitzung im „Wilden Eber“, Bornholmer Straße.
12. Johannisthal. Heute abends 8 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Ortsbeiräte, Gemeindevorsteher samt Geschäftsleitung bei Geyer, Teichstr. 6.

Bereinstafelder.

- Deutscher Transportarbeiter-Verband (Branchen der Einheits- und Postbeamten). Dienstag 7 1/2 Uhr bei Wegener, Seydelstr. 30, wichtige Verzweigungs-Versammlung.
- Vereinigung der Metzger-Beisitzer. Dienstag 7 Uhr bei Wirtner, Schradet Straße 23, Vortrag Dr. Vöhlman.
- Sozialistische Arbeitervereine, Agitationsbezirk Osten. Dienstag 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Königsberger Straße 7, Sitzung sämtlicher Delegierter unseres Bezirkes. Sehr wichtige Tagesordnung.
- Zentralverband der Zimmerleute. Dienstag nachmittags 5 Uhr im Gewerkschaftshaus, Soal 3, Versammlung sämtlicher Bezirksvereine. Es kommen 12 Mitglieder.

Geschäftliche Mitteilungen.

Seitens des Lebensmittelamtes, die gebildeten Kaufleute mit der Frage des Tages vereinen, hat das Warenhaus A. Jander u. Co., nro. 12 in der 4. Etage seines Geschäftes, Belle-Alliance-Straße, am Blücherplatz, eingerichtet. Eine besondere Sehnenswürdigkeit bildet überdies sachgemäß angelegte Fleischverkaufsstände, welche nicht nur die Kaufleute, sondern auch die Arbeiter der Zeit nach helfen usw. Die Firma ist besetzt, den Verkauf von Lebensmitteln, so weit solche überhaupt aufzutreiben sind, zu erschwinglichen Preisen zu leisten.

Die Arbeiter haben geglaubt, den neueregetretenen Militärs...
den alle Parteien einige wohlwollende Lehren mit auf den Weg...

Der Abg. Scheidemann hat behauptet, die seien schuld daran,
dass nicht eine sozialistische oder eine Arbeiterregierung hier...

Verurteilung der bisherigen Koalitionsregierung.

Denn die sämtlichen Koalitionsparteien, insbesondere aber die
Partei des Herrn Scheidemann, sind in diesem Kampf noch allen...

Der unparteilichste Vergleich allein gegenübergestellt.

Die letzten Wochen dieses Jahres sind durch den Kriegszustand
und nach der Revolution den Kampf für den Sozialismus...

Der Klassenkampfstandpunkt des Proletariats

Im ganzen öffentlichen Leben, auch in diesem Hause, beweist,
dass wir nur eine Regierung übernehmen, in der wir als...

Es ist selbstverständlich, dass in einer in der Entwicklung der
Klassenpartei, wie der unsrigen, über gewisse taktische Fragen...

Wie nicht die Herr Scheidemann, das würde sich ändern, wir
würden allmählich auf den Standpunkt kommen, den er einnimmt...

Ihren Reden Herberichs.

Die Worte des Minister Heine in Preußen in das Ministerium
als Minister einsteigt. Die Einigung des Proletariats wird...

Was der Herr Reichskanzler über die Verteilung Deutschlands
in Spe gesagt hat, war so unüberwindlich dumm, dass man fast...

Nun soll ich zur Entscheidung dieser Regierung einreden
kommen. Wenn die Arbeiter bei und im Parteien allmählich...

an der Spitze, aber die sämtlichen ausführenden Organe arbeiten
nach ihren Prinzipien. Wie wir mitgewirkt sind, ist...

Der Reichskanzler Herrhardt.

Der Reichsminister Herrhardt in Wilhelmshafen und Kommandant
auf seine Zeit und seine Zeit darauf ist, — ohne...

Ein von nationalen Heimath, Berlin, Götterstraße 12.
Diesen den Ueberbringer dieses, geboren am 7. 11. 83, zu einer...

(Herr, hört bei den II. Sog.) Wie kommt der Herr Scheidemann
etc. so, dass, von einem nationalen Heimath eine Militär...

Ich habe diese Lektionen mitteilen müssen, weil sie der
Klasse der Arbeiter sind, die die Arbeiter nicht in der...

Verbreitungen dafür getroffen werden.

Um einen solchen militärischen Schritt in geeigneter Weise
auszuführen. Die Arbeiterklasse würde, wie gesagt, einen jeden...

Was — um damit abzuschließen — die Frage der
Einmischung Deutschlands anbelangt, so haben wir auf dem...

Der Herr Reichskanzler hat dann Ausführungen über die
Notwendigkeit gemacht, die Ermöglichung unserer Vorkriegs...

Die Selbständigkeit der Jugendbewegung

Es ist klar, dass das Volk ausgiebig ernährt werden kann.
Wenn wir die Jugendbewegung unter den gegenwärtigen...

ein Sozialisierungsprogramm

Es ist klar, in dem vorliegenden, dass die Arbeiterklasse
sozialisiert werden, dass auch die Produktion durchweg sozialisiert...

Aber es besteht auch noch etwas, das unserer Ueberzeugung
nach dringend des Eingehens der Gesamtheit bedarf, damit das...

das Wohnungsproblem

Bei den gegenwärtigen Zuständen hat sich herausgebildet, dass
man den Wohnungsbesitzern selbst während der Kriegszeit und nachher...

Es wird unbedingt notwendig sein, aus dieser Halbheit heraus-
zukommen und das gesamte Wohnungsproblem in die Hände der...

Dann haben wir selbstverständlich im Interesse der Arbeiter-
schaft die umfassendsten...

Eingriffe in den gesamten industriellen Betrieb

Wir verlangen, die gegenwärtig bestehenden Gesetze, wie das
Arbeitszeitgesetz und auch alle Gesetze, die uns heute von dem...

Einflussnahmen des Klassenkampfes

Der Kampf ist zunächst ein Kampf zwischen den herrschenden
Klassen, das bedeutet der Kampf zwischen den arbeitenden...

lichen Massen, das in irgendeiner Weise gegen die imperialistischen
Bestrebungen, gegen die Kriegsbereitungen der herrschenden...

Der Herr Reichskanzler hat von Steuerreformen ge-
sprochen, aber die Aufhebung der unglücklichen Bestimmungen...

zur Steuerbezahlung 10 Prozent abgezogen werden.

hat leider der Herr Reichskanzler nicht angeündigt.

Wenn der Herr Reichskanzler und der eine oder andere
seiner Kollegen nach Spaa geht, werden Sie ja selbstverständlich...

nur durch die internationale Arbeiterkraft

erreichbar, und zwar insbesondere durch die Arbeiter Frankreichs,
Englands, Italiens und schließlich auch Amerikas. Die...

Wir haben diesen Frieden der Ausbeutung fremder Völker
durch die Regende Macht bekämpft, als in Deutschland auf...

einen Scheitern wiederum als ihren Sprecher

Hier in diesem Hause vorzulesen. Nach meiner Ueberzeugung
mühte die sozialdemokratische Partei, ebenso wie sie sich von...

Frieden schließt mit der Sowjet-Regierung

und dass sie ihrerseits Verbindungen anknüpft mit Russland, um
wirtschafliche Beziehungen zwischen Deutschland und Russland in...

Reichswehrminister Dr. Gieseler stellt fest, dass die
Reichswehr in Thal damals ein Bestandteil der Reichswehr waren...

(Sehr richtig! richtig, Lärm und Gelächter bei den II. Sog.)
Die Reichswehrsozialisten haben eben den Beweis erbracht, dass...

Ein Antrag Schulz und Genossen (Dnat.) auf Einsetzung
des Vorunternehmens gegen den deutschnationalen Abgeordneten...

Der Vorstand beschließt die eingegangenen Interpellationen
in nächster Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Interpellation: Bericht...

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Liebschütz.
Verantwortlich f. d. Anstalt: Ludwig Romminger, Redaktions...